



066771/EU XXIV.GP  
Eingelangt am 09/12/11

**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**



16754/11

(OR. en)

PRESSE 421

PR CO 67

## **MITTEILUNG AN DIE PRESSE**

3123. Tagung des Rates

### **Landwirtschaft und Fischerei**

Brüssel, den 14. November 2011

Präsident

**Marek SAWICKI**  
Minister für Landwirtschaft und  
Entwicklung des ländlichen Raums  
(Polen)

# **P R E S S E**

---

Rue de la Loi 175 B – 1048 BRÜSSEL Tel.: +32 (0)2 281 8847 / 6319 Fax: +32 (0)2 281 8026  
[press.office@consilium.europa.eu](mailto:press.office@consilium.europa.eu) <http://www.consilium.europa.eu/Newsroom>

16754/11

1  
**DE**

## Wichtigste Ergebnisse der Ratstagung

*Im Bereich Fischerei führte der Rat einen Gedankenaustausch über die **externe Dimension der Gemeinsamen Fischereipolitik**.*

*Im Bereich Landwirtschaft hatten die Minister im Rahmen der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) einen Gedankenaustausch über den Verordnungsvorschlag betreffend **Direktzahlungen**.*

*Während des Mittagessens berieten die Minister auch über die **vorgeschlagene Ökologisierung der Direktzahlungen im Rahmen der GAP-Reform**.*

*Ferner wurde der Rat über die Umsetzung der **Richtlinie über den Schutz von Legehennen**, über eine **Konferenz über Forstwirtschaft im Dienste von Klima und biologischer Vielfalt**, über die **30. Konferenz der Direktoren der EU-Zahlstellen** und über einen von Ungarn eingereichten Antrag auf **Verlängerung der Zuckerquotenregelung bis 2020** informiert.*

*Was die **Hilfe für Bedürftige in der EU** anbelangt, so soll ein Kompromiss das effektive Funktionieren des Programms in den Jahren 2012 und 2013 unter bestimmten Bedingungen sicherstellen.*

**INHALT<sup>1</sup>**

<b>TEILNEHMER</b> .....	<b>5</b>
-------------------------	----------

**ERÖRTERTE PUNKTE**

FISCHEREI .....	7
Externe Dimension der Gemeinsamen Fischereipolitik.....	7
LANDWIRTSCHAFT .....	9
Reform der GAP - Direktzahlungen .....	9
SONSTIGES .....	10
Umsetzung der Legehennen-Richtlinie.....	10
Konferenz über Forstwirtschaft im Dienste von Klima und biologischer Vielfalt.....	10
30. Konferenz der Direktoren der EU-Zahlstellen.....	11
Verlängerung der Zuckerregelung .....	11
Abgabe von Nahrungsmitteln an Bedürftige .....	12

**SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE***FISCHEREI*

– Partnerschaftsabkommen zwischen der EU und Guinea-Bissau – Neues Protokoll.....	13
---	----

*LANDWIRTSCHAFT*

– Forstwirtschaft – Internationales Tropenholz-Übereinkommen von 2006.....	13
--	----

*FORSCHUNG*

– Gemeinsames Unternehmen "Brennstoffzellen und Wasserstoff" .....	14
--	----

- <sup>1</sup>
- Sofern Erklärungen, Schlussfolgerungen oder Entschlüsse vom Rat förmlich angenommen wurden, ist dies in der Überschrift des jeweiligen Punktes angegeben und der Text in Anführungszeichen gesetzt.
  - Dokumente, bei denen die Dokumentennummer im Text angegeben ist, können auf der Website des Rates <http://www.consilium.europa.eu> eingesehen werden.
  - Rechtsakte, zu denen der Öffentlichkeit zugängliche Erklärungen für das Ratsprotokoll vorliegen, sind durch \* gekennzeichnet; diese Erklärungen können auf der genannten Website des Rates abgerufen werden oder sind beim Pressedienst erhältlich.

*GESUNDHEIT*

- In-vitro-Diagnostika ..... 15

*BESCHÄFTIGUNG*

- Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung durch Irland ..... 15

**TEILNEHMER**

Die Regierungen der Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission waren wie folgt vertreten:

**Belgien:**

Sabine LARUELLE

Ministerin für Mittelstand, Selbstständige,  
Landwirtschaft und Wissenschaftspolitik**Bulgarien:**

Miroslav NAYDENOV

Minister für Landwirtschaft und Ernährung

**Tschechische Republik:**

Petr BENDL

Juraj CHMIEL

Minister für Landwirtschaft  
Stellvertretender Minister für Landwirtschaft**Dänemark:**

Mette GJERSKOV

Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und  
Fischerei**Deutschland:**

Ilse AIGNER

Robert KLOOS

Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und  
Verbraucherschutz  
Staatssekretär, Bundesministerium für Ernährung,  
Landwirtschaft und Verbraucherschutz**Estland:**

Helir-Valdor SEEDER

Minister für Landwirtschaft

**Irland:**

Thomas HANNEY

Tim MORAN

Stellvertreter des Ständigen Vertreters  
Staatssekretär für Ernährung, Landwirtschaft und die  
Marine**Griechenland:**

Georgia BAZOTI-MISONI

Andreas PAPASTAVROU

Generalsekretärin für Ernährung und Landwirtschaft  
Stellvertreter des Ständigen Vertreters**Spanien:**

Rosa AGUILAR RIVERO

Rosa María QUINTANA

Ana Isabel MARIÑO

Ministerin für Umwelt, den ländlichen Raum und  
die Meeresumwelt  
Ministerin für Meeresumwelt der Autonomen  
Gemeinschaft Galizien  
Ministerin für Umwelt und Raumordnung der  
Autonomen Gemeinschaft Madrid**Frankreich:**

Bruno LE MAIRE

Minister für Ernährung, Landwirtschaft, Fischerei,  
ländliche Angelegenheiten und Raumordnung**Italien:**

Francesco Saverio ROMANO

Minister für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten

**Zypern:**

Sofoclis ALETRARIS

Minister für Landwirtschaft, Naturressourcen und  
Umwelt**Lettland:**

Laimdota STRAUJUMA

Ministerin für Landwirtschaft

**Litauen:**

Kazys STARKEVICIUS

Minister für Landwirtschaft

**Luxemburg:**

Romain SCHNEIDER

Minister für Landwirtschaft, Weinbau und ländliche  
Entwicklung**Ungarn:**

György CZERVÁN

Staatssekretär, Ministerium für die Entwicklung des  
ländlichen Raums**Malta:**

Patrick MIFSUD

Stellvertreter des Ständigen Vertreters

**Niederlande:**

Henk BLEKER

Minister für Landwirtschaft und Außenhandel

**Österreich:**

Nikolaus BERLAKOVICH

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft,  
Umwelt und Wasserwirtschaft**Polen:**

Marek SAWICKI

Minister für Landwirtschaft und Entwicklung des  
ländlichen Raums

Kazimierz PLOCKE

Jarosław WOJTOWICZ

Stellvertretender Minister für Landwirtschaft  
Unterstaatssekretär, Ministerium für Landwirtschaft  
und Entwicklung des ländlichen Raums**Portugal:**

Assunção CRISTAS

Ministerin für Landwirtschaft,  
Meeresangelegenheiten, Umwelt und Raumordnung  
Staatssekretär für Landwirtschaft

José DIOGO ALBUQUERQUE

**Rumänien:**

Valeriu TABĂRĂ

Minister für Landwirtschaft und Entwicklung des  
ländlichen Raums**Slowenien:**

Dejan ŽIDAN

Minister für Landwirtschaft, Forsten und Ernährung

**Slowakei:**

Zsolt SIMON

Minister für Landwirtschaft und Entwicklung des  
ländlichen Raums**Finnland:**

Jari KOSKINEN

Risto ARTJOKI

Minister für Landwirtschaft und Forsten  
Staatssekretär**Schweden:**

Eskil ERLANDSSON

Jan Roland OLSSON

Minister für Landwirtschaft  
Stellvertreter des Ständigen Vertreters**Vereinigtes Königreich:**

Caroline SPELMAN

Jim PAICE

Richard BENYON

Ministerin für Umwelt, Ernährung und  
Angelegenheiten des ländlichen Raums  
Staatsminister für Umwelt, Ernährung und  
Angelegenheiten des ländlichen Raums  
Parlamentarischer Unterstaatssekretär für Umwelt  
und Fischerei**Kommission:**

Maria DAMANAKI

John DALLI

Dacian CIOLOȘ

Mitglied

Mitglied

Mitglied

## **ERÖRTERTE PUNKTE**

### **FISCHEREI**

#### **Externe Dimension der Gemeinsamen Fischereipolitik**

Der Rat führte einen Gedankenaustausch über die Mitteilung der Kommission über die externe Dimension der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) (12517/11) als Teil der Vorschläge zur Reform der GFP.

Die meisten Delegationen unterstrichen die Bedeutung der externen Dimension der GFP, die zur Versorgung mit Fischereierzeugnissen beitrage und gewährleiste, dass die Nachhaltigkeitspolitik der EU innerhalb und außerhalb der Union verfolgt wird. Sie betonten ferner, dass den regionalen Fischereiorganisationen (RFO) und bilateralen Abkommen eine Schlüsselrolle zukommen sollte, insbesondere bei der Bekämpfung der illegalen, nicht gemeldeten und unregulierten Fischerei.

Eine wichtige Frage sei ferner die Transparenz in Bezug auf den Grad der Befischung in den Gewässern, die unter die Gerichtsbarkeit der Küstenstaaten fallen, sowie hinsichtlich der Evaluierung bilateraler Abkommen, einschließlich wissenschaftlicher Bestandsabschätzungen.

In Bezug auf die Einführung einer Schiffseignergebühr für den Zugang zur Hohen See waren die Mitgliedstaaten recht zurückhaltend, sofern sie als einseitige Maßnahme konzipiert werden sollte, da die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Flotten dadurch abnehmen und infolgedessen die internationale Präsenz der EU zurückgehen könnte. Was den Vorschlag der Kommission betrifft, die Schiffseignergebühr für den Zugang zu den Gewässern der Küstenstaaten im Rahmen von bilateralen Abkommen schrittweise anzuheben, so gingen die Meinungen der Mitgliedstaaten auseinander, da die wirtschaftliche Tragbarkeit von weiteren Kostensteigerungen unterschiedlich eingeschätzt wurde.

Im Gegensatz dazu gab es allgemeine Unterstützung dafür, die Unterstützung des Fischereisektors der Küstenstaaten im Rahmen der bilateralen Abkommen von den Zugangsrechten abzukoppeln. Im Zusammenhang mit dieser Entkoppelung traten die meisten Mitgliedstaaten für strengere und in stärkerem Maß ergebnisorientierte Auflagen im Hinblick auf eine lokal und regional nachhaltige Fischerei ein; einige Mitgliedstaaten forderten eine größere Kohärenz mit der Entwicklungspolitik allgemein.

Gleiche Bedingungen gegenüber Drittländern hält die Mehrheit der Delegationen für eine wichtige Dimension der künftigen Gemeinsamen Fischereipolitik. Einige Mitgliedstaaten wiesen nachdrücklich auf handelspolitische Maßnahmen als Instrument zum Schutz der GFP hin.

Schließlich plädierten einige Mitgliedstaaten für die Ausarbeitung von Schlussfolgerungen des Rates (nach dem Vorbild der 2004 angenommenen Schlussfolgerungen zu den partnerschaftlichen Fischereiabkommen); die meisten Delegationen zögen es jedoch vor, dass die wichtigsten Aspekte der externen Dimension der Gemeinsamen Fischereipolitik in Gesetzgebungsvorschläge aufgenommen werden.

Der Rat hatte auf der Tagung des Rates (Landwirtschaft und Fischerei) im Juli 2011 den Prozess der GFP-Reform mit einem öffentlichen Gedankenaustausch über entsprechende Vorschläge der Kommission eingeleitet (*13028/11*). Bei dieser Gelegenheit hatten mehrere Mitgliedstaaten festgestellt, dass die externe Fischereipolitik der EU in den Vorschlägen einen besonderen Platz einnimmt.

In ihrer Mitteilung über die externe Dimension der Gemeinsamen Fischereipolitik hat die Kommission darauf hingewiesen, dass nach vorliegenden Informationen 85 % der weltweiten Fischbestände voll befischt oder überfischt sind und dass die EU mit ihren Flotten sowie aufgrund ihrer Investitionen und bilateralen Abkommen mit Drittländern und ihrer Mitwirkung in den wichtigsten regionalen Fischereiorganisationen (RFO) zu den sehr wenigen wichtigen Akteuren mit einer starken Präsenz auf allen Weltmeeren gehört. Zudem ist die EU, bezogen auf Verbrauch und Einfuhr, einer der größten Märkte für Fischereierzeugnisse. Die EU steht daher in der Verantwortung, zu einer weltweiten langfristigen Nachhaltigkeit beizutragen, indem die Leistungsfähigkeit der regionalen Fischereiorganisationen und das Funktionieren bilateraler Fischereiabkommen verbessert werden.

## LANDWIRTSCHAFT

### **Reform der GAP - Direktzahlungen**

Die Minister führten einen Gedankenaustausch über den Vorschlag für eine Verordnung mit Vorschriften über Direktzahlungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe im Rahmen von Stützungsregelungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (15396/1/11 REV 1).

Der Schwerpunkt lag hierbei auf der vorgeschlagenen Struktur für Direktzahlungen im Zeitraum 2014-2020 sowie auf der Aufteilung der Direktzahlungen auf die Mitgliedstaaten und innerhalb der Mitgliedstaaten.

Was die vorgeschlagene Struktur für Direktzahlungen im Zeitraum 2014-2020 anbelangt, so war eine Reihe von Mitgliedstaaten der Auffassung, dass der Vorschlag in die richtige Richtung gehe. Jedoch hatten einige Mitgliedstaaten Zweifel in Bezug auf die vorgeschlagene Definition des Begriffs "aktiver Landwirt" und auf verschiedene Aspekte der vorgeschlagenen "Ökologisierung" der Direktzahlungen, etwa welcher Anteil am nationalen Gesamtbetrag auf die Aufgabe entfallen soll, die Agrarflächen aufzuteilen, so dass dem Umweltinteresse gewidmete Flächen entstehen. Vereinfachende Maßnahmen zugunsten von Besitzern landwirtschaftlicher Kleinbetriebe und Maßnahmen zur Unterstützung von Junglandwirten wurden im Allgemeinen positiv aufgenommen, wenn auch einige Mitgliedstaaten meinten, dass diese beiden Regelungen für die Mitgliedstaaten freiwillig sein sollten.

Ferner betonte eine große Mehrheit von Delegationen, dass sichergestellt werden müsse, dass die neuen Verfahren für Direktzahlungen im Einklang mit dem Ziel der Vereinfachung der GAP stehen.

In Bezug auf die Aufteilung der Direktzahlungen auf die Mitgliedstaaten hatten mehrere Mitgliedstaaten Bedenken und einige sahen Probleme bei den Vorschlägen für eine Umverteilung der Zahlungen innerhalb der Mitgliedstaaten.

Der Vorschlag über Direktzahlungen ist Teil des GAP-Reformpakets, das die Kommission auf der letzten Tagung des Rates (Landwirtschaft) im Oktober vorgestellt hat. Bei dieser Gelegenheit hatte der Rat eine öffentliche Aussprache über das gesamte Paket geführt.

Zusammen mit den Vorschlägen betreffend die Entwicklung des ländlichen Raums, die einheitliche GMO und die Finanzierung der GAP ist der Vorschlag für eine Verordnung über Direktzahlungen einer der vier zentralen Verordnungsvorschläge, die vom Rat und vom Europäischen Parlament anzunehmen sind (ordentliches Gesetzgebungsverfahren).

Der Rat wird die Erörterung der GAP-Reform auf seiner Tagung im Dezember mit einer Orientierungsaussprache über die Entwicklung des ländlichen Raums fortsetzen.

## **SONSTIGES**

### **Umsetzung der Legehennen-Richtlinie**

Die Minister nahmen Kenntnis von der von der Kommission vorgenommenen Bewertung des gegenwärtigen Stands bei der Umsetzung der Richtlinie 1999/74/EG über den Schutz von Legehennen (16603/11).

Grundlage hierfür bildeten die von den Mitgliedstaaten übermittelten Daten und die Diskussionen der Sachverständigen während der von der Kommission einberufenen Sitzung am 28. Oktober 2011.

Es wurde hervorgehoben, dass dringend alle erforderlichen Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die Einhaltung der Richtlinie zu gewährleisten, und auf die Folgen einer Missachtung der Rechtsvorschriften hingewiesen.

In der Richtlinie 1999/74/EG ist vorgesehen, dass konventionelle Käfige in der EU schrittweise bis zum 1. Januar 2012 abgeschafft werden müssen, da sie aus Tierschutzgründen für nicht akzeptabel gehalten werden. Diese Käfige müssen entweder durch ausgestaltete Käfige oder durch Alternativsysteme ersetzt werden. Die Zuständigkeit für die Umsetzung der Richtlinie liegt seit deren Annahme in erster Linie bei den Mitgliedstaaten.

### **Konferenz über Forstwirtschaft im Dienste von Klima und biologischer Vielfalt**

Der Vorsitz unterrichtete den Rat über eine Konferenz über Forstwirtschaft im Dienste von Klima und biologischer Vielfalt und über die Tagung der in der EU für Forstwirtschaft und Naturschutz zuständigen Generaldirektoren vom 28./29. September 2011 in Ryn (Polen) (16612/11).

Gastgeber der Konferenz in Ryn war der polnische Vorsitz. Es kam zu einem Austausch zwischen Delegierten aus fast allen EU-Mitgliedstaaten, der Kommission, Vertretern des polnischen Parlaments und der öffentlichen Verwaltung, Wissenschaftlern und Nichtregierungsorganisationen über ihre Erfahrungen in Bereichen wie Forstwirtschaft und Herausforderungen für die Forstwirtschaft der Zukunft in der Europäischen Union. Alle Teilnehmer stimmten darin überein, dass der Schutz der Waldökosysteme ein wesentlicher Bestandteil einer nachhaltigen und multifunktionalen Bewirtschaftung der Wälder ist. Die Delegierten betonten die Rolle der Wälder im Rahmen des Naturschutzes und der Anpassung an den Klimawandel. Es herrscht eindeutig die Überzeugung, dass die europäischen Wälder ein beträchtliches Potenzial für den Klimaschutz aufweisen, da sie weite Flächen umfassen und eine vielfältige Struktur haben.

Am zweiten Tag der Konferenz von Ryn fanden zwei getrennte Parallelveranstaltungen statt. Die erste war die Tagung der in der EU für Forstwirtschaft und Naturschutz zuständigen Generaldirektoren. Die Hauptthemen waren eine neue EU-Forststrategie und der Geltungsbereich des künftigen rechtsverbindlichen Abkommens über die Wälder in Europa. Die Diskussionen erstreckten sich auch auf verwandte Themen im Zusammenhang mit der Forstwirtschaft, z.B. ökologische Wirtschaft, Nachhaltigkeitskriterien für Biomasse und erneuerbare Energien.

Die zweite Veranstaltung war die Tagung der in der EU für Naturschutz zuständigen Generaldirektoren. Die Delegationen hatten einen Gedankenaustausch über folgende drei Hauptthemen: Ansatz für ein neues EU-Rechtsinstrument über invasive gebietsfremde Arten, Finanzierungsinstrumente für den Naturschutz und Einbeziehung der Naturschutzpolitik der EU in andere wichtige Politikbereiche der EU.

### **30. Konferenz der Direktoren der EU-Zahlstellen**

Die Minister wurden vom polnischen Vorsitz über die allgemeinen Schlussfolgerungen der 30. Konferenz der Direktoren der EU-Zahlstellen informiert, die vom 21.-23. September 2011 in Sopot (Polen) stattfand (16629/11).

Auf dieser Konferenz wurden zwei Themen erörtert:

- die Vereinfachung der GAP und die Verringerung des Verwaltungsaufwands und
- die Vorbereitungen für die Umsetzung der Änderungen der GAP nach 2013.

### **Verlängerung der Zuckerregelung**

Der Rat nahm Kenntnis von dem Antrag der ungarischen Delegation auf Verlängerung der Zuckerquotenregelung bis zum Jahr 2020.

Dieser Antrag stieß bei der belgischen, der tschechischen, der deutschen, der spanischen, der französischen, der litauischen, der österreichischen, der portugiesischen, der slowakischen, der finnischen und der rumänischen Delegation auf Zustimmung in unterschiedlicher Form (16666/11). Die irische, die lettische, die slowenische und die britische Delegation teilten zwar die Sorge der anderen Delegationen in Bezug auf die gegenwärtigen Versorgungsschwierigkeiten auf dem Zuckermarkt, waren jedoch gegen jedwede Verlängerung der Regelung über die vorgesehene Frist, d.h. das Jahr 2015, hinaus.

Nach der Reform des Zuckersektors der EU im Jahr 2006 läuft die gegenwärtige Quotenregelung im September 2015 aus. Die GAP-Reformvorschläge der Kommission sehen keine darüber hinausgehende Verlängerung dieser Regelung vor.

## **Abgabe von Nahrungsmitteln an Bedürftige**

Auf Antrag der französischen Delegation teilte der Vorsitz mit, dass bestätigt werden kann, dass im Rat eine qualifizierte Mehrheit besteht, die zu einem späteren Zeitpunkt für eine begrenzte Fortführung des Programms zur Abgabe von Nahrungsmitteln an Bedürftige stimmen wird. Damit dürfte sichergestellt sein, dass das Programm in den Jahren 2012 und 2013 unter bestimmten Bedingungen effektiv weiterbesteht.

Der Vorsitz wird diesen Punkt auf die Tagesordnung für eine der nächsten Tagungen des Rates setzen, damit auf der Grundlage eines Kompromisstextes des Vorsitzes eine Einigung erzielt werden kann.

Weitere Einzelheiten sind der Pressemitteilung 16899/11 zu entnehmen.

## **SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE**

### **FISCHEREI**

#### **Partnerschaftsabkommen zwischen der EU und Guinea-Bissau – Neues Protokoll**

Der Rat einigte sich auf einen Beschluss über die Unterzeichnung im Namen der EU und die vorläufige Anwendung des Protokolls zur Festlegung der Fangmöglichkeiten und der finanziellen Gegenleistung gemäß dem partnerschaftlichen Fischereiabkommen zwischen der EU und der Republik Guinea-Bissau (15179/11).

Das partnerschaftliche Fischereiabkommen zwischen der EU und Guinea-Bissau wurde 2008 geschlossen. Hauptzweck des Protokolls zu diesem Abkommen ist es, die Fangmöglichkeiten für EU-Fischereifahrzeuge sowie die finanzielle Gegenleistung sowohl für die eingeräumten Zugangsrechte als auch zur Unterstützung des Fischereisektors festzulegen. Im Anschluss an die Verhandlungen wurde am 15. Juni 2011, dem Tag, an dem das alte Protokoll endete, ein neues Protokoll paraphiert. Damit EU-Schiffe weiterhin ihre Fangtätigkeit in dieser Region ausüben können, sollte das neue Protokoll bis zum Abschluss der für seinen förmlichen Abschluss erforderlichen Verfahren unterzeichnet und vorläufig angewandt werden.

Neben der Unterzeichnung und der vorläufigen Anwendung des neuen Protokolls nahm der Rat ferner eine Verordnung über die Aufteilung der Fangmöglichkeiten auf die Mitgliedstaaten an (15177/11).

### **LANDWIRTSCHAFT**

#### **Forstwirtschaft – Internationales Tropenholz-Übereinkommen von 2006**

Der Rat nahm einen Beschluss über den Abschluss des Internationalen Tropenholz-Übereinkommens von 2006 im Namen der EU an (5812/11).

Die im Rahmen der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) eingerichtete Verhandlungskonferenz hat am 27. Januar 2006 ein neues Übereinkommen genehmigt und damit ihre Arbeiten über die Ersetzung des Internationalen Tropenholz-Übereinkommens von 1994 abgeschlossen. Das Übereinkommen liegt bei den Vereinten Nationen in New York zur Unterzeichnung auf.

Zwar sind Übereinkommen über Tropenhölzer im Allgemeinen eher Handelsübereinkünfte auf der Grundlage von Artikel 133 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, gleichzeitig gelten sie aber auch als Übereinkommen über nicht konventionelle Rohstoffe, die sowohl den Handel abdecken als auch die Umwelt in Bezug auf die nachhaltige Bewirtschaftung zur Erhaltung der Tropenholzarten.

Ziel dieses Beschlusses ist somit die Genehmigung des Internationalen Tropenholzübereinkommens von 2006 und die Ermächtigung der EU, die Beitrittsurkunde bei der Abteilung internationale Verträge der Vereinten Nationen zu hinterlegen.

## **FORSCHUNG**

### **Gemeinsames Unternehmen "Brennstoffzellen und Wasserstoff"**

Der Rat nahm eine Verordnung zur Anpassung der derzeitigen Bestimmungen für das Gemeinsame Unternehmen "Brennstoffzellen und Wasserstoff" an; so sollen Forschungsmaßnahmen und die Anhebung der Finanzierungsbeiträge für das Projekt erleichtert werden (14993/1/11).

Bei der gemeinsamen Technologieinitiative für Brennstoffzellen und Wasserstoff handelt es sich um eine öffentlich-private Partnerschaft zur Förderung von Forschung, Entwicklung und Demonstration im Bereich der europäischen Brennstoffzellen- und Wasserstofftechnologie für die Energiegewinnung. Ziel ist es, die Markteinführung dieser Technologien zu beschleunigen und dabei ihr Potential als richtungsweisende Technologie für ein emissionsarmes Energiesystem voll zu nutzen.

Zur Umsetzung der Initiative wurde im Mai 2008 ein Gemeinsames Unternehmen mit einer Bestandsdauer bis 2017 gegründet, dessen Ziel die Bündelung von Mitteln aus öffentlichen und privaten Quellen ist<sup>1</sup>.

---

<sup>1</sup> Fuel Cells and Hydrogen Joint Undertaking

## **GESUNDHEIT**

### **In-vitro-Diagnostika**

Der Rat beschloss, es nicht abzulehnen, dass die Kommission eine Richtlinie erlässt, in der das Verfahren festgelegt werden soll, das ein Hersteller einzuhalten hat, damit für Tests zum Nachweis der "Variante der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit" die CE-Kennzeichnung vergeben werden kann.

Mit der Richtlinie wird die Richtlinie 98/79/EG über In-vitro-Diagnostika geändert, nach der die Liste der in Anhang II der Richtlinie genannten Produkte nach dem Regelungsverfahren mit Kontrolle erweitert werden kann.

Gemäß diesem Verfahren kann die Kommission nun, da der Rat seine Zustimmung erteilt hat, die Richtlinie erlassen, sofern das Europäische Parlament keine Einwände erhebt.

## **BESCHÄFTIGUNG**

### **Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung durch Irland**

Der Rat nahm drei Beschlüsse an, mit denen ein Betrag von insgesamt 35,7 Mio. EUR aus dem Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) bereitgestellt wird, um entlassenen Arbeitnehmern im irischen Baugewerbe zu helfen. Ein Betrag von 21,7 Mio. EUR wird für entlassene Arbeitnehmer insbesondere im spezialisierten Baugewerbe bereitgestellt. Ein Betrag von 12,7 Mio. EUR wird bereitgestellt, um entlassenen, im Hochbau spezialisierten Arbeitnehmern zu helfen, und weitere 1,4 Mio. EUR werden für entlassene Arbeitnehmer verwendet werden, die in Architektur- und Ingenieurbüros und in der technischen, physikalischen und chemischen Untersuchung tätig waren. Das irische Baugewerbe wurde hart vom Rückgang der Bautätigkeit getroffen, der durch die schwere Kreditklemme im Bankensektor infolge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise verursacht wurde.

---